Achtung, aufgepasst: DGB plant zentralen Angriff auf die Beamtenpensionen - BDK empfiehlt: Gewerkschaftszugehörigkeit prüfen!!!

07.04.2016

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), Reiner Hoffmann, hat gegenüber der Funke Mediengruppe ein Rentenkonzept vorgestellt. Nach dem Konzept sollen nun auch Beamte und Beamtinnen einer Einzahlungspflicht für die vom DGB propagierte „Erwerbstätigenversicherung“ unterliegen.

Dieses Konzept mit der Forderung, auch Beamte/Beamtinnen sollen einzahlen, ist eigentlich keine neue Idee des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der zu 99% die Interesse der in der „freien Wirtschaft“ Beschäftigten vertritt. Die Gewerkschaft der Polizei ist als „Beamtengewerkschaft“ im DGB organisiert und scheint wohl auch diesen Weg mitgehen zu müssen, da sie ja nur ein kleiner Teil des Dachverbandes ist und die Interessen der Beamten/Beamtinnen des öffentlichen Dienstes vom DGB wahrhaftig nicht vertreten werden.

Es sollen, wenn man der DGB-Idee folgt, also weitere erhebliche Mehrbelastungen für den öffentlichen Dienst erfolgen. Da stellt sich die berechtigte Frage: Welchen Einfluss hat eigentlich eine Beamtengewerkschaft noch in diesem Dachverband? Welche Interessen werden da eigentlich noch vertreten? Die der Funktionäre oder die der Mitglieder?

Jeder Beamte und jede Beamtin, der bzw. die in einer dem DGB angehörenden Gewerkschaft als Mitglied einen nicht unerheblichen Monatsbeitrag zu entrichten hat, möge sich daher überlegen, ob er/sie weitere Beiträge zu dieser propagierten Mehrbelastung leisten möchte!

Nähere Informationen befinden sich u. a. hier: http://www.dpolg-nrw.de/

Der geschäftsführende Landesvorstand

pdf-Datei

Schlagwörter
Niedersachsen
diesen Inhalt herunterladen: PDF